

Wohnungsmisere

OB Kuhn und Gemeinderat lassen Stuttgarter Bürger im Stich

Die Stuttgarter Wohnungsnot ver- schärft sich von Monat zu Monat.

Im Rahmen des „Bündnisses für Wohnen“ hat die Landeshauptstadt Stuttgart zusammen mit den Wohnungsbaun-
ternehmen, Baugenossenschaften, Trä-
gern der Wohnungsnotfallhilfe und dem
Mieterverein in den letzten Jahren eine
Menge Papier beschrieben. Herausge-
kommen ist als Zielsetzung im Wesent-
lichen:

- 1800 neue Wohnungen jährlich, davon
600 im geförderten Wohnungsbau.
Wahrlich eindrucksvolle Zahlen bei al-
lein über 4000 Haushalten in Stuttgart,
die dringend eine Wohnung suchen
(Notfallkartei)!
- Gefördert werden die 600 Wohnungen
durch Preisabschläge beim Grund-
stücksverkauf von bis zu 80% - für die
Immobilienkonzerne und Bauherren.
- Die Mietpreisbindung soll 25 Jahre be-
tragen, danach kann der Eigentümer
machen, was er will. Dass diese Rege-
lung wunderbar funktioniert, zeigt die
Tatsache, dass seit Jahren mehr Sozial-
wohnungen aus der Bindung herausfal-
len, als gebaut werden können. Deshalb



geht die Stadt im „Bündnis für
Wohnen“ dazu über, die Verlängerung
von Belegungsrechten um 15 oder 25
Jahre durch staatliche Förderbeiträge
zu kaufen.

Was sind die Ursachen?

Seit der kapitalistischen Überproduk-
tionskrise lohnt es sich nicht mehr, weiter
in die „Realwirtschaft“ zu investieren.
Die Profite gehen ins Casino Börse zum
Verwetten oder in Sachwerte, z.B. Im-
mobilien. Dazu war es erforderlich, dass
sich Staat und Kommunen von öffentli-
chem Eigentum trennten. Von vier Mil-
lionen Sozialwohnungen Ende der 80er
Jahre gibt es heute gerade noch 1,5 Mil-
lionen, entweder aus der Bindung ge-
fallen und nicht ersetzt oder verkauft,
z.B. ging der LBBW-Bestand an einen
Wohnungshai.

Zusätzlich sorgten SPD/Grüne dafür, dass
durch Steuergeschenke von hunderten
von Milliarden Euro seit Ende der 90er
Jahre bei den Kapitalisten Geld im Über-
fluss vorhanden ist, welches Staat und
Kommunen fehlt. Im Kapitalismus muss
Geld gesetzmäßig zu mehr Geld werden,
so wurde die Wohnung zur Ware.

Die Position der DKP:

Wohnen ist ein Menschenrecht und die
Schaffung von ausreichendem und
bezahlbarem Wohnraum ist Daseinsvor-
sorge!

- Die Wohnbaugesellschaft SWSG muss
zurück in die volle städtische Verant-
wortung!
- Entlastung der Millionäre von ihren
Millionen: Erhöhung der Steuern auf
Kapitalerträge und Unternehmens-
steuern, eine vernünftige Erbschafts-
steuer, Einführung der Millionärs-
steuer! Mit diesen Einkünften können
sofort 1 Mio. Sozialwohnungen bun-
desweit bereitgestellt werden.
- Die Finanzierung des Sozialen Woh-

Fortsetzung Seite 2

DKP kandidiert zur Bundestagswahl

Fragen an die Kandidatin

Konni Lopau



Warum kandidiert die DKP?

Es wird Zeit, dass der Antikapitalismus
wieder eine Stimme bekommt in diesem
Land, denn der Kapitalismus wird im-
mer verheerender. Die Alternative zum
Kapital ist sozial - nicht rechtsradikal.
Jede Stimme für die DKP ist eine
Stimme für den Klassenkampf von un-
ten, den wir so dringend brauchen – ge-
gen den Klassenkampf von oben, der
ständig aggressiver wird. Der Kapitalis-
mus darf nicht das Ende der Geschichte
sein.

Der Kampf für den Frieden hat für die DKP dabei oberste Priorität.

Wie passt das zusammen?

Bert Brecht schrieb vor 65 Jahren:
„Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie arm-
selige Versuche sind...“ Der Frieden ist
tatsächlich bedroht wie nie zuvor seit
1990. Es geht um die Neuaufteilung der
Welt. Die Konfrontation mit der Atom-
macht Russland wird weiter voran-
getrieben, verstärkt jetzt auch von
unserem Land aus. Das birgt die Gefahr
eines dritten Weltkriegs in sich – und

Fortsetzung Seite 2

nungsbaus muss ausschließlich Sache des Staates sein - unter völliger Ausschaltung von Kapital- und Bankprofiten!

- Schluss mit dem Diebstahl von Grund und Boden durch an Rendite orientierten Privatunternehmen – der Boden muss demokratisch kontrolliertes ge-

sellschaftliches Eigentum werden!
Machen wir uns nichts vor: Für diese Aufgaben muss der krisengetriebene Kapitalismus, unterstützt von CDU-CSUSPDFDPAFDGRÜNE (bald mit Juniorpartner Linkspartei?) bekämpft und letztlich überwunden werden.

Soli-Erklärung* an die kämpfenden Krankenhaus-Beschäftigten im Saarland



Am 8.3. gingen mit den Krankenhausbeschäftigten auch viele Bürgerinnen und Bürger auf die Straße, insgesamt beteiligten sich 4500 an der Demonstration in Saarbrücken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Solidarische Grüße senden Euch die GenossInnen und FreundInnen der DKP, die hier im Stuttgarter Waldheim Gaisburg zusammengekommen sind, um den Internationalen Kampftag der Frauen zu begehen. Clara Zetkin würde sich mit uns freuen, dass Ihr genau diesen Tag, den 8. März, für Eure große Demonstration für einen Tarifvertrag Entlastung und eine gesetzliche Personalbemessung für die Krankenhäuser ausgesucht habt – sind doch über 70% der Klinikbeschäftigten Frauen. Das Gewinnstreben von Medizinindustrie und Krankenhauskonzernen im Einklang mit der Gesundheitspolitik von Bund und Land haben Euch bei Eurer Arbeit mit den Kranken in einen unmenschlichen Konflikt getrieben zwischen Ökonomie und Patientenwohl. Dies hat zu einer Abwärtsspirale von schlechten Arbeitsbedingungen und Personalmangel geführt – und Eure Versuche, dies gegenüber den Patienten zu kompensieren sind an Grenzen geraten, die eure eigene Gesundheit gefährden. Das ist verschärfte

Tarifvertrag hat in der Charité Berlin die Arbeitsverdichtung im Betrieb erstmals vertraglich begrenzt.

Aber wir bitten Euch – fällt nicht auf Versprechungen herein, wie sie das Bundesgesundheitsministerium in seiner Pressemitteilung vom 7.März verbreitet hat: „In Krankenhausbereichen, in denen dies aus Gründen der Patientensicherheit besonders notwendig ist, **sollen** (nicht müssen!) künftig Pflegepersonaluntergrenzen festgelegt werden, die nicht unterschritten werden dürfen“. Die versprochenen 850 Mio Euro ab 2019 sind an Bedingungen geknüpft, die sich in der Personalausstattung der Kliniken so gut wie nicht auswirken.

Als Deutsche Kommunistische Partei DKP sehen wir es als unsere zentrale Aufgabe an, die Ausbeutung des Menschen, den Kapitalismus, abzuschaffen und unterstützen Eure Auseinandersetzung mit unseren Möglichkeiten, auch in Stuttgart!

* Beschlossen auf der DKP-Frauentagsveranstaltung am 11.3.2017

Das Bündnis "**Mehr Personal für unsere Krankenhäuser**" lädt ein:

Gesundheit contra Marktstress Kliniken und Krankenkassen unter Druck

Veranstaltung zur Situation in den Krankenhäusern, zur Auseinandersetzung um den Tarifvertrag Entlastung und zum polit-ökonomischen Hintergrund mit **Dr. Thomas Böhm** (Chirurg a.D.), **Volker Mörbe** (Krankenpfleger), **Monika Münch-Steinbuch** (Narkoseärztin a.D.)

Am **Dienstag, den 28.3.2017 um 19.00 Uhr**
Im **Gewerkschaftshaus**, Willi-Bleicher-Str. 20, Konferenzraum 3 + 4

das wäre das Ende von uns allen! Nach der Wahl von Trump in den USA wird mit der Pose der wahren Demokraten von deutschen Politikern sogar die Atombombe gefordert.

Was hat das mit Kapitalismus zu tun?

In diesem System geht es um Macht und immer mehr Macht für die Großbanken und Konzerne, die auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt wird. „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ sagte der französische Sozialist Jean Jaures bereits vor 1914. Clara Zetkin bezeichnete die kapitalistische Ordnung vor über 100 Jahren als „die große Menschenfresserin“.

Habt Ihr den Eindruck, dass die Menschen das verstehen?

Viele Menschen ahnen die wachsende Kriegsgefahr. Die Mehrheit ist auch immer noch gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr trotz massiver Werbung der Bundeswehr. Aber das reicht nicht. Wir müssen den Friedenskampf mit der sozialen Frage verbinden. Das geplante riesige Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr von 130 Mrd. Euro wird nicht ohne weiteren rigorosen Sozialabbau auf Kosten des Gesundheitswesens, der Bildungseinrichtungen, des sozialen Wohnungsbaus usw. zu realisieren sein. Der Rüstungshaushalt soll in 10 Jahren quasi verdoppelt werden. Wir sehen unsere Aufgabe darin, den Menschen zu erklären, wer für die wachsende Armut in unserem Land verantwortlich ist. Und wir brauchen wieder eine starke Friedensbewegung, die den Herrschenden in unserem Land einen Strich durch die Rechnung macht, wenn sie „die globale Ordnung mitgestalten“ und international „Führung übernehmen“ wollen, wie es im neuen „Weißbuch“ der Bundeswehr steht.



Grüner Kampf gegen den Feinstaub

Mit Moos – wohl auch nichts los?

Dicke Luft am Neckartor: An Deutschlands schmutzigster Kreuzung wurden die EU-Grenzwerte für gesundheitgefährdenden, krebserregenden Feinstaub bis Ende Februar bereits an 32 Tagen überschritten, „erlaubt“ sind maximal 35 Tage pro Jahr.

Daran konnte auch der vom grünen OB Kuhn ausgerufene Feinstaubalarm mit freiwilligem Fahrverzicht nichts ändern.

Neue „Wundermittel“ gegen den Feinstaub?

Eine jetzt am Neckartor errichtete 100 Meter lange und drei Meter hohe Mooswand soll die Luft von Schmutzpartikeln befreien. Ob der über eine halbe Million teure „Spaß“ überhaupt etwas bringt, soll erst eine begleitende Studie



der Uni Stuttgart klären. Na ja, schöne Bilder für den Wahlkampf mit grünen Politikern vor ihrer Mooswand bringt es allemal. Und anstatt die für einen Großteil der Feinstaubbelastung verantwortliche Automobilindustrie z.B. für die Finanzierung eines ÖPNV-Nulltarifs in die Pflicht zu nehmen, werden die Stadt (388 000 €) und das Land (170 000 €) - also wir alle - zur Kasse gebeten.

Auch den insbesondere für einen erhöhten Stickstoffdioxid-Ausstoß verantwort-

lichen älteren Diesel-Fahrzeugen hat man den Kampf angesagt. Ab 2018 dürfen nur noch neuere Diesel-PKW, die der Abgasnorm Euro 6 genügen, bei erhöhten Feinstaubwerten fahren. Ökologische Schadensbegrenzung auf Kosten der armen Schlucker, die auf ihren alten „Dreckschleudern“ sitzen. Und außerdem entsteht ein Großteil des Feinstaubes nicht durch Abgase, sondern durch Reifenabrieb und Bremsen. Ja, auch die angeblich so ökologischen E-Autos haben noch Reifen und müssen mal bremsen ... Wenn schon Fahrverbote, dann konsequent für alle und bei gleichzeitigem Ausbau des ÖPNV - bezahlbar für alle.

Das Feinstaub-Problem ist lösbar:

Anstatt individualisiertem PKW-Verkehr kostenloser öffentlicher Nahverkehr, anstatt S21 eine Flächennutzung und Bebauungsplanung, die die Frischluftzufuhr in die Innenstadt konsequent gewährleistet, schadstoffarme Heizungsanlagen, ... All das wäre realisierbar und finanzierbar, wenn man sich tatsächlich mit den Besitzenden anlegen würde, anstelle grüne Symbolpolitik auf Kosten der Bevölkerung zu betreiben.

Was will die Allianz in Vaihingen?

Der Allianz-Konzern besitzt ein Grundstück in Vaihingen. Dieses befindet sich in einem Grünzug mit Kleingärten, Sport- und Spielplätzen. Diese Grünflächen sind als Entstehungsgebiet für Kaltluft für das angrenzende Wohngebiet von großer Bedeutung. Der Flächennutzungsplan erlaubt in diesem Gebiet nur Bauten in der Größe von Kleingartenhütten, Vereinsheimen etc. Dies soll nun auf Wunsch der Allianz geändert werden.

Dazu ein kleines Quiz:

1. Warum wünscht die Allianz die Änderung des Flächennutzungsplans?

- A Der Wert ihres Grundstücks würde um ca. 30 Millionen € steigen.
- B Die Allianz hat lange Zeit vergessen, ihre Bürogebäude in der Stadt zu modernisieren. Jetzt hilft nur noch neu bauen und umziehen.

2. Warum kommt keine andere Fläche für die Allianz in Frage?

- A Nur dieser Standort erfüllt alle Kriterien.
- B Nur dieser Standort bietet so hohe Grundstücksgewinne (sogenannte Planungsgewinne).

3. Auf einem angrenzendem Streifen städtischen Geländes

- A bleiben SWSG-Reihenhäuser und der Vaihinger Standort der Abfallwirtschaft erhalten.
- B darf die Allianz natürlich auch noch bauen.

4. Arbeitsplätze sichert man, indem

- A man Konzernen die Wünsche von den Augen abliest und erfüllt.
- B man für eine gerechtere Verteilung der Arbeit (z.B. 30-Stunden-Woche) bei vollen Lohn- und Personalausgleich aktiv wird.

5. Klimaschutz ist wichtig,

- A aber auf ein paar Bäume mehr oder weniger kommt es jetzt auch nicht an.
- B und ist im Interesse aller Menschen über jedes Profitinteresse zu stellen.

Lösungen einsenden an: DKP Stuttgart, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Die Gewinner erhalten eine kleine Überraschung und ein Probeabo der jw oder der UZ.
Bitte Zeitungswunsch und Postadresse angeben! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906 BIC: SOLADEST600



AfD bekennt Farbe: braun

Die sogenannte Alternative für Deutschland AfD fordert in ihrem Bundestagswahlprogramm-Entwurf die Abschaffung der Erbschaftssteuer. Was den Reichtum betrifft, ist Deutschland übrigens das Land der Erben: 28 Prozent der Multimillionäre haben ihren Reichtum allein den Eltern zu verdanken. Die Reichen sollen also noch reicher werden!

Einer der neu gewählten Landessprecher der AfD Baden-Württemberg ist (ehemaliger Zeitsoldat und) Leiter einer Zeitarbeitsfirma für Pflegekräfte. Die Profiteure des Elends von Ausgliederung und Prekariat bieten sich nun also den verunsicherten oder wütenden Opfern als Wahlalternative an. Geht's noch?

Wie sagte Erich Kästner so richtig:
Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken!

Verantwortung für den Frieden - nicht für den Krieg!



Aufruf zum Ostermarsch 2017:

Der alte wie der neue Bundespräsident, die Kanzlerin, das so genannte "Verteidigungs-"ministerium, das Bundeskabinett und drei von vier Bundestagsfraktionen werden nicht müde zu erklären, dass Deutschland mehr „Verantwortung für die Welt“ übernehmen müsse.

Darunter versteht die Große Koalition:

- einen neuen Rekord der deutschen Rüstungsexporte,
- ein Aufrüstungsprogramm von 130 Milliarden Euro für die Bundeswehr bis 2030,
- die Verdoppelung des Rüstungshaushaltes auf 70 Milliarden Euro im nächsten Jahrzehnt,
- die Stationierung der Bundeswehr in Litauen, an der Grenze zu Russland,
- die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe für Osteuropa und die Übernahme deren „Speerspitze“ durch die Bundeswehr,

- Kriegsbeteiligung der Bundeswehr im Irak und in Syrien,
- den Aufbau einer EU-Armee zusätzlich zu den bereits bestehenden europäischen „battlegroups“,
- Bundeswehreinätze in Mali, in weiteren Afrikanischen, Ländern, Afghanistan und im Mittelmeer.

Verbunden sind diese militärischen Maßnahmen mit politischem Säbelrasseln und einer konfrontativen Politik, nicht nur gegen Russland, mit einer Unterstützung des Krieges der Türkei gegen Kurden nicht nur im Irak und in Syrien, sondern auch hier in Deutschland.

[...]

Deshalb fordern wir:

- Schluss mit der Aufrüstung der Bundeswehr, mit der Produktion von Kriegswaffen und mit Rüstungsexporten!
- Atomwaffen raus aus Deutschland! Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen. Für ein Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit!
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren!
- Auflösung der NATO und der Militärstrukturen der EU. Bundeswehr abschaffen.
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland - weder an Kriegsmanövern, noch an der Militärpräsenz in Osteuropa.
- Solidarität und offene Grenzen für Zuflucht suchende. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und

den von Hunger, Armut und Umwelterstörung heimgesuchten Ländern. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Schutzsuchenden brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa. Keine Abschiebungen! Kriegsdienstverweigerern gehört uneingeschränktes Asyl!

- Kein "Werben fürs Sterben", die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber, Bundeswehr raus aus den Schulen, Messen, Unis! Keine Kindersoldaten in Deutschland und der Welt!
- Stoppt die Aufrüstung weltweit, Milliarden für Menschen nicht für Waffen!

Lasst uns an Ostern laut und deutlich unseren Widerstand gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisation auf die Straße tragen. Frieden und Abrüstung ist unser Ziel!



Lenin, Majakowski und ich – 100 Jahre Oktoberrevolution –



Erich Schaffner

mit Liedern, Texten und Szenischem von Becher, Brecht, Kraus, Lenin, Majakowski; Weinert und anderen begleitet am Klavier von Georg Klemp

am **Samstag, 22.4.**
um **19.30 Uhr**
Waldheim Gaisburg,
Obere Neue Halde 1,
70186 Stuttgart
Eintritt: 5/10 Euro

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. 28.03.2017, Di. 11.04.2017
und Di. 25.04.2017, 19.00 Uhr,
Bürgerzentrum Feuerbach,
1. Stock,
Stuttgarter Str. 15 bei OBI,
Eingang Roserplatz
(Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 04.04.2017 und
Di. 02.05.2017 (zum **Sofort-**
programm der DKP),
19.00 Uhr, Gaststätte Äquator,
Kreuznacher Str. 57, Cannstatt
(Nähe Wilhelmsplatz)